



Erwerbslosen Forum Deutschland – Schickgasse 3 – 53117 Bonn

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herrn Ossi Helling
Haus Neuerburg
Gülichplatz 3

50667 Köln

Erwerbslosen Forum Deutschland
c/o Martin Behrsing
Schickgasse 3
53117 Bonn
Ruf: 0228 249 55 94
Mobil: 0160 99 27 83 57
Fax: 0180 5039000 3946
info@erwerbslosenforum.de
www.erwerbslosenforum.de

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht

Mein Zeichen
Be-Integration

Datum
22.07.2009

Ihr offener Brief an den Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Köln, Klaus Müller-Starmann; Integrationsstellen

Guten Tag, sehr geehrter Herr Helling,

mit Verwunderung haben wir Ihre Beschwerde zur Kenntnis genommen, indem Sie Bezug auf die Entscheidung der Kölner Arbeitsgemeinschaft nehmen, wegen fehlender Haushaltsmittel die sog. Arbeitsgelegenheiten (Ein-Euro-Jobs) zurück zufahren. Dabei kritisieren Sie besonders, dass die wirtschaftliche Grundlage einiger Träger dadurch in Frage gestellt wäre und Aufträge nicht mehr ausgeführt werden könnten

Ihr Einsatz und das Verständnis für die Wohlfahrtverbände in allen Ehren. Es scheint mit aber, dass Ihre Fraktion grundlegende sozialpolitische und rechtliche Verständnisprobleme hat. Wir wenden uns deshalb ebenfalls in einem offenen Brief an die Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen, damit die Diskussion nicht einseitig zwischen Arge und Ihrer Partei geführt wird, sondern auch Betroffene mit einbezogen sind.

Zunächst bleibt festzustellen, dass diese Arten von Maßnahmen kaum einen signifikanten Beitrag zur Integration in den Arbeitsmarkt geleistet haben. Dies haben sowohl der Bundesrechnungshof, als auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) der Bundesagentur für Arbeit bereits im letzten Jahr wiederholt veröffentlicht. Im Gegenteil: Derartige Maßnahmen verringern sogar die Integration. Dies gilt auch für die Stadt Köln, die ja immerhin Teil der Untersuchung war. Daran ändern auch nichts die von den Maßnahmeträgern „schön geredeten“ angeblichen Erfolge, die man selbst mit besten Umweggedanken nicht erkennen kann.

Wir sind allerdings entsetzt, mit welchen wirtschaftlichen Erwägungen Sie den Abbau dieser Maßnahmen verhindern möchten. Dabei sagen sie ganz offen, dass bestimmte Arbeiten nicht mehr verrichtet werden könnten und der wirtschaftliche Erfolg von Maßnahmeträgern in Frage gestellt sei. Ich glaube, Sie haben dabei grundsätzlich nicht verstanden, dass es gerade bei derartigen Maßnahmen genau darum nicht gehen durfte. Die Arbeiten müssen zusätzlich sein und dürfen keineswegs von irgendetwas abhängig sein. Um es sehr vereinfachend zu sagen: „Wenn sie nicht ausgeführt werden, ist es auch kein Beinbruch“. Ihrer Logik nach, sind diese Arbeiten anscheinend nicht zusätzlich und/oder sind auf den wirtschaftlichen Erfolg der Träger ausgerichtet.



Mit Verlaub Herr Helling, unterstützen Sie mit ihrem Engagement nicht vermeintliche „Sozialleistungsmisbrauch“ und sorgen für die Verhinderung bzw. Vernichtung von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze, die Erwerbslose so dringend benötigen? Wo ist Ihr Engagement, dass gerade dies Auswüchse – Verschwendung von ca. 7 Milliarden Euro Steuermittel seit 2005) – verhindert werden? Ihre politische Arbeit verkommt somit zur reinen Lobbyarbeit von Trägern, die die Profiteure der Armut sind. Die Schaffung von Arbeitsplätzen, wovon die Menschen würdevoll leben können, sollte doch Ihre eigentliche Aufgabe sein und nicht die klammheimliche Einführung des „Workfare-Modells“.

Im Übrigen ist zu den Trägern zu sagen. Es war schon immer so, wer sich auf Geschäfte mit der BA einlässt, trägt ein hohes Risiko. Dies hat sich auch in der Vergangenheit immer wieder gezeigt. Ich bin mir aber sicher, dass die Beschäftigungs- und Bildungsindustrie sehr schnell wieder neue Geschäftsfelder in Zusammenarbeit mit der BA und Kommunen finden wird. Die sind ja immer sehr erfindungsreich, um gescheiterte Integrationsmodelle in immer wieder neue Verpackungen zu präsentieren.

Man kann dem Geschäftsführer, Klaus Müller-Starman nur zu diesem Schritt gratulieren. Immerhin steht er nicht in dem Verdacht Gegner dieser Träger zu sein. Schon lange vor Hartz IV agierte er als Vertreter eines Maßnahmeträgers in dem sogenannten „Kölner Modell“ mit, dass ja dann Vorbild für Hartz IV und die würdelosen Arbeitsgelegenheiten war. Lassen sie uns dafür sorgen, dass dieser Schritt auch wieder ein „Kölner Modell“ wird und Vorbild für die ganze Bundesrepublik ist, indem – wenn auch jetzt aus Kostengründen – würdelose Beschäftigung abgeschafft wird.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Behrsing